

in Ihrem Antrag immer wieder betonen. Da stört Freiheit plötzlich.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, was haben Sie eigentlich für ein Bild von den Studierenden bei uns im Land? Glauben Sie wirklich, dass sie nicht Verantwortung dafür übernehmen können und wollen, ihr Studium den Anforderungen entsprechend zu absolvieren? Wir sind davon überzeugt: Wer sich aus freien Stücken für ein Studium entscheidet, der kann das sehr wohl.

Und, Herr Dr. Berger und Frau Freimuth, es sind keine neuen Regelungen zur Anwesenheitspflicht –

(Dr. Stefan Berger [CDU]: Doch!)

vielleicht sollten Sie einmal mit Herrn Pinkwart darüber sprechen –, denn diese Regeln gelten seit 2009. Sie sind damals in der KMK verhandelt worden, und zwar von Herrn Pinkwart, und sind als ländergemeinsame Strukturvorgaben in der ganzen Bundesrepublik in Kraft gesetzt worden. Also: Wenn die Welt untergeht, dann ist sie 2009 an dieser Frage untergegangen, und zwar in der gesamten Bundesrepublik und nicht nur hier in Nordrhein-Westfalen.

Es ist damals klar geregelt worden, wie das funktioniert. Wenn ein Studiengang akkreditiert wird, dann wird bei der Akkreditierung festgelegt, welches Lernziel jedes einzelne Modul verfolgt. Es ist sinnvoll, das so zu tun. Und wenn das Lernziel Interaktion ist, wenn die Studierenden mitmachen müssen, dann darf man Anwesenheitspflichten festlegen, sonst eben nicht.

Diese Regelungen haben wir in das Gesetz aufgenommen. Wir haben damit einen klaren rechtlichen Rahmen geschaffen, damit wirklich für alle deutlich ist, wie die Anwesenheit geregelt werden soll.

Das ist auch gut so, denn – das haben Sie vielleicht noch nicht bemerkt – Lehre verändert sich. Es ist heute viel vielfältiger, wer an den Hochschulen studiert und welche Anforderungen dort gestellt werden. Wir haben E-Learning-Angebote, wir haben so etwas wie Flipped Classroom, was Digitalisierung aufnimmt. Wer heute noch glaubt, dass Lehre, Forschung rein über Anwesenheit funktioniert, der hat eine ganze Menge von dem verpasst, was an den Hochschulen los ist.

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

Wir haben es heute mit Digital Natives zu tun. Wir haben es mit einer ganz anderen Generation von Studierenden und übrigens auch Lehrenden zu tun, für die solche Diskussionen wirklich von gestern sind.

Also, meine Damen und Herren, es gibt keinen vernünftigen Grund, in der Aufhebung der Anwesenheitspflicht den Untergang der Lehre zu sehen. Gute Lehre kommt auch ohne den Zwang bei Studie-

renden an. Das zeigt der Alltag bei uns an den Hochschulen. Wer sich für sein Fach interessiert und wer sich auf den eigenen Studienerfolg konzentriert, der besucht gute Lehrveranstaltungen aus freien Stücken. Wir trauen den Studierenden die intellektuelle Eigenständigkeit und Verantwortung durchaus zu.

Sie reden doch immer von Misstrauen. Trauen Sie doch einfach einmal den Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen! Die können weit mehr, als Sie denken.

Meine Damen und Herren, eines finde ich bei der Opposition sehr bedenklich, und das möchte ich auch in aller Deutlichkeit zurückweisen: Wenn Sie wirklich glauben, dass die Lehre, die in Nordrhein-Westfalen gemacht wird, so schlecht ist, dass nur über eine Anwesenheitspflicht noch irgendjemand dahin geht,

(Zuruf von Dr. Stefan Berger [CDU])

dann sollten Sie sich wirklich mal Gedanken machen, welches Bild Sie von den Lehrenden in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hier wird fantastische Lehre geleistet. Eine solche Gängelung, wie Sie sie hier vorschreiben, brauchen die nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Schulze. – Wir sind am Ende der Beratung zu diesem Antrag.

Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Stimmen wir also direkt ab. Wer stimmt dem **Antrag Drucksache 16/8115** zu? – CDU-Fraktion und FDP-Fraktion. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – SPD, Grüne und Piraten. Gibt es Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Dann ist der Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/7990

Unterrichtung
des Kontrollgremiums gemäß § 23 VSG
über die Einwilligung in den
veränderten Wirtschaftsplan 2015
Drucksache 16/8176

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8231

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/8153

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8233

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8238

zweite Lesung

unmittelbar anschließend

dritte Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit¹⁾ (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sicherheitslage in Deutschland, in Europa und auch in Nordrhein-Westfalen hat sich nach den Anschlägen unter anderem in Paris erheblich verändert. Das macht schnelle Reaktionen auch in Nordrhein-Westfalen notwendig.

Diese schnellen Reaktionen sind direkt eingeleitet worden. Um diese besser umsetzen zu können und die Belastungen der Kolleginnen und Kollegen in Grenzen zu halten, ist dieser Nachtragshaushalt notwendig, insbesondere um die Ausbildungskapazitäten bei der Polizei noch einmal zu erhöhen und auf einen neuen Rekordstand hier in Nordrhein-Westfalen zu bringen.

Diese Stellen werden benötigt, um zu mehr Sicherheit beizutragen: für verbesserte Ermittlungen, für verbesserten Objektschutz und insbesondere auch zur verbesserten Beobachtung potenzieller Gefährder. Deshalb halten wir diesen Nachtragshaushalt für geboten und richtig.

Zudem ermöglicht er uns vor dem Hintergrund, dass wir beim letzten Bewerbungsverfahren der Polizei ausreichend qualifizierte Bewerber hatten, auch diesen eine Chance zu geben und so gleichzeitig dazu beizutragen, die Situation der Polizei weiter zu verbessern.

Aus haushaltspolitischer Sicht ist dies alles möglich, ohne die Nettoneuverschuldung, die weiter extrem sinkt, zu erhöhen – auch wenn Teile dieses Hauses das nicht wahrhaben wollen.

Dies alles ist wichtig und erhöht die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen. Deswegen hatte ich die Hoffnung, dass die Oppositionsfractionen bereit wären – wie die Landesregierung und wie die Koalitionsfractionen –, in dieser wichtigen Frage Verantwortung zu übernehmen. Leider stellt sich nach der gestrigen Debatte im Ausschuss und auch mit den vorliegenden Entschließungsanträgen heraus, dass sich

die Oppositionsfractionen dieser Verantwortung verweigern. Das bedauern wir sehr. Nichtsdestotrotz werden wir zu unserer Verantwortung stehen und den Nachtragshaushalt beschließen.

(Beifall von der SPD)

Vor dem Hintergrund der langen Debatte, die wir gestern geführt haben, will ich mich jetzt in aller Kürze auf die Änderungs- bzw. Entschließungsanträge der Opposition beziehen.

Ich beginne mit den Piraten. Die versuchen in ihrem Änderungsantrag, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen Prävention auf der einen Seite und Ermittlungen und Repressionen auf der anderen Seite. Wir sehen das nicht so. Wir glauben, wir müssen beides tun und wir müssen beides vernünftig tun. Bei der Prävention – das ist ja in der Debatte vorgestern deutlich geworden – sind wir auf einem guten Weg, tun viel und werden das auch noch erweitern. Insofern halten wir es für falsch, das hier gegeneinander auszuspielen. Deswegen werden wir den Änderungsantrag der Piraten ablehnen.

Der CDU-Entschließungsantrag ist der verzweifelte Versuch, zu begründen, warum man einem guten Nachtragshaushalt mit wichtigen neuen Stellen für die Polizei seitens der CDU nicht zustimmen will. Deswegen wird noch mal all das herausgeholt, was man in den letzten Jahren schon mal aufs Tapet gebracht hatte.

Dabei finde ich es besonders putzig, dass man sich darauf bezieht, es würden keine strukturellen Veränderungen bei der Polizei gewünscht. Das kommt ausgerechnet aus der Fraktion, die, sobald das Stichwort „Polizeireform“ fällt, anfängt, Nein zu rufen, ohne Inhalte zu kennen. Wer dann sagt, man verweigere sich strukturellen Änderungen, ist wenig glaubwürdig.

Zudem lassen Sie einen wichtigen Punkt bei Ihren alten Vorschlägen weg. Sie wärmen ja die Thematik „Polizeiassistenten“ wieder auf und sagen, das wäre eine wichtige Möglichkeit zur Entlastung. Sie verschweigen aber, dass Sie gleichzeitig mit der Forderung nach den Assistenten die Streichung von über 1.000 Polizeidienststellen beantragt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das wäre Ihr Beitrag zur Verbesserung der Personalsituation der Polizei. Die Streichung von Polizeistellen, das war Ihr Vorschlag. Herr Laschet hat ja sogar gesagt, wir sollten dem Beispiel des Saarlands folgen und überall 10 % streichen. Das wäre noch viel, viel mehr, nämlich 4.000 Stellen bei der Polizei. So gehen Sie mit der Ausstattung der Polizei um.

Der FDP-Antrag ist ein ähnlicher Versuch, irgendeine Begründung dafür zu finden, warum man dem Nachtragshaushalt nicht zustimmen kann.

Wir haben es gestern diskutiert, und man regt sich dann wieder auf, aber ich muss es in diesem Zusammenhang trotzdem noch einmal sagen, da Sie sich hier auf die Zahlen beziehen: Wenn Ihr damaliger Innenminister Herr Wolf den Demografiebericht früher vorgelegt und dem Parlament nicht verschwiegen hätte, hätte man viel eher auf die Situation reagieren können. Wir sind jetzt schon bei einem Rekord von zusätzlichen Ausbildungsstellen und deswegen auf dem richtigen Weg.

Zudem zeigt sich hier wieder mal die gespaltene Zunge, mit der Sie in den Debatten sprechen. Vorhin hat Herr Witzel uns noch vorgeworfen, wir würden zu viel Geld ausgeben, und jetzt wollen Sie ungedeckt mehr Geld ausgeben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Ralf Witzel [FDP]: Nicht bei der Polizei!)

Das ist Ihr Vorgehen. Deswegen lehnen wir auch diesen Antrag ab.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Lohn.

Werner Lohn (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ganze drei Monate nach der ersten Haushaltsverabschiedung sehen wir hier bereits den ersten Nachtragshaushalt für das Jahr 2015. Das deutet auf die Halbwertszeit von Haushaltsberatungen bei SPD und Grünen hin.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Thomas
Stotko [SPD])

Bei der CDU ist keine Personalnot vorhanden, bei der Polizei hingegen schon. Die Personalnot bei der Polizei ist unumstritten. Bereits seit Mitte vergangenen Jahres wissen wir darüber hinaus,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

dass eine deutliche Verschärfung der Terrorbedrohung zu verzeichnen ist.

Deswegen wollen wir als CDU-Fraktion die personelle Verstärkung von Polizei und Verfassungsschutz nicht verhindern, sondern – im Gegenteil – im Rahmen unserer Möglichkeiten unterstützen.

(Beifall von der CDU)

Insgesamt sollen in den Behörden 385 Stellen nach dreijähriger Ausbildung zur Verfügung stehen. Das heißt, faktisch kommt es erst ab 2018 zu einer personellen Verstärkung; die letzten Verstärkungskräfte werden die Behörden 2020 erreichen. Faktisch tragen diese Personalverstärkungen – so sinnvoll sie auch sind – nicht zur aktuellen Terrorabwehr bei.

Deswegen muss man Zweifel haben, ob ein Nachtragshaushalt in der vorgelegten Form, der im Blitz-

verfahren beschlossen werden soll, tatsächlich un-
ausweichlich war.

Wir werden der Verstärkung der Sicherheitsorgane nicht widersprechen, da sie auch mittelfristig richtig ist.

Wir akzeptieren ausnahmsweise auch das beschleunigte Verfahren, weil wir der festen Überzeugung sind, dass sich die Politik in Zeiten von höchster Kriminalitätsrate und höchster Terrorbedrohung nicht in Verfahrensfragen verzetteln sollte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Lohn, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Körfges?

Werner Lohn¹⁾ (CDU): Das mache ich am Ende meiner Rede.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich meine, die Opposition zeigt sich so sehr verantwortungsbewusst. Der SPD-Redner hat eben deutlich gemacht, nur die SPD und die Grünen würden hier Verantwortungsbewusstsein zeigen. Ich kann Ihnen gleich beweisen, dass das anders aussieht. Denn Verantwortungsbewusstsein unterstelle ich natürlich auch der Landesregierung, vor allen Dingen in Zeiten der Terrorbedrohung.

Sie erinnern sich: Wir hatten am Mittwochabend von ungefähr 20:45 Uhr bis 22 Uhr eine relativ lange, geplante Sondersitzung von Finanz-, Innen- und Personalausschuss. Das war wichtig, weil dieses beschleunigte Verfahren sonst gar nicht funktionieren könnte. Viele Abgeordnete waren anwesend: von SPD, Grünen, CDU und FDP und auch von den Piraten. Wer nicht da war, das war der Initiator des beschleunigten Nachtragshaushalts.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Es war eigentlich unvorstellbar: Aber Finanzminister Walter-Borjans glänzte durch Abwesenheit. Verehrte Damen und Herren, was dem Kölschfass dann aber den Boden ausgeschlagen hat, war, dass er die Ausschusssitzung vernachlässigt hat und dafür lieber zu der Einweihung einer Kölner Brauhausweiterung gegangen ist.

(Beifall von der CDU – Stefan Zimkeit [SPD]:
Das ist eine Frechheit!)

Terrorismusbekämpfung und Nachtragshaushalt mussten hinten anstehen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Der Staatssekretär hat
ihn vertreten!)

Walter-Borjans soll bereits gegen 19:30 Uhr in Köln am Brauhaus gesehen worden sein. In lockerer Kölsch-Laune posierte er vor den Medien, während wir im Landtag vergeblich auf seine Erläuterungen zum Nachtragshaushalt warten mussten.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: „Arroganz der Macht“ kann man da nur sagen!)

Heute kann der Finanzminister aus nachvollziehbaren Gründen nicht dabei sein. Das Fehlen im Ausschuss war allerdings nicht zu entschuldigen. Das ist so nicht hinnehmbar. Wir erwarten von ihm bzw. von der Ministerpräsidentin eine Stellungnahme zu dieser Verantwortungslosigkeit. Wer sich bei einer Brauhausenerweiterung so fröhlich in Kölsch-Laune den Medien präsentiert, aber im Ausschuss fehlt, wenn es um wichtige Sachen geht, der hat im Prinzip den Sinn seiner Aufgabe nicht erkannt.

(Beifall von der CDU und den PIRATEN –
Stefan Zimkeit [SPD]: Haben Sie auch etwas Inhaltliches beizutragen?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, warum gibt es bei diesem Nachtragshaushalt, der aus unserer Sicht gar nicht unbedingt so hätte erfolgen müssen, eine so große Eile? Die Maßnahme ist eigentlich richtig, aus unserer Sicht aber nicht so eilbedürftig, dass sie in dieser Form vollzogen werden muss.

Die Grünen haben mit der Polizei eigentlich etwas ganz anderes vor. Sie wollen bis zu 31 Polizeibehörden schließen, nur noch Megapräsidien zulassen und damit 2.000 Stellen bei der Polizei streichen. Das ist ziemlich genau das Gegenteil der heute zu beschließenden Polizeiverstärkung. Angesichts der Terrorbedrohung ist das nicht nur inhaltlich falsch; auch der Zeitpunkt ist völlig falsch, weil wir der Polizei nicht zumuten dürfen, sich in einer solch schwierigen Zeit monatelang oder jahrelang mit Umorganisationsmaßnahmen zu beschäftigen.

Bei mir kommt der Eindruck auf, dass Herr Jäger die Gunst der Stunde genutzt hat – wenn man angesichts der traurigen Lage überhaupt davon sprechen kann –, um die Grünen mundtot zu machen und den Widerstand gegen eine Polizeiverstärkung zu brechen. Das ist vom Ergebnis her zu begrüßen, Herr Jäger. Aber eigentlich ist das ein Konflikt, den Sie zwischen den regierungstragenden Fraktionen austragen müssen und nicht über einen Nachtragshaushalt hier im Plenum.

(Beifall von der CDU)

Wir als CDU haben einen sehr konkreten und detaillierten Entschließungsantrag vorgelegt. Er zeigt die Versäumnisse der Landesregierung auf, zeigt aber gleichzeitig auf, was wir machen wollen, damit sich die Polizei wieder um ihre Kernaufgaben, nämlich Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr, kümmern kann.

Ich darf Sie bitten, sich mit den einzelnen Fragen – auch wenn wir sie mehrfach andiskutiert haben – wohlwollend auseinanderzusetzen; denn mit dem heutigen Datum wird die Diskussion nicht beendet sein. Die Terrorbedrohung wird weiter anhalten. Wir müssen darauf drängen, die wirklich dringenden strukturellen Veränderungen, die auch für eine per-

sonelle Verbesserung bei der Polizei sorgen, auch umzusetzen.

Deswegen werden wir uns beim Nachtragshaushalt enthalten.

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist peinlich!)

Unserem eigenen Entschließungsantrag werden wir natürlich zustimmen. Den Entschließungsantrag der Piraten werden wir ablehnen. Beim FDP-Antrag werden wir uns enthalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Lohn. Bleiben Sie bitte am Pult, denn es gibt eine angemeldete Kurzintervention der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege Körfges.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nur sagen: Das, was Sie hier gerade betrieben haben, war eine Aktion nach dem Motto „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“. Ihre Haltung, sich in der Frage zu enthalten, ist angesichts der Bedrohung, mit der wir es zu tun haben, überhaupt keine Haltung.

Ich darf mir an der Stelle nur die Frage erlauben – das trage ich jetzt seit einigen Tagen mit mir herum –: Warum haben Sie sich als Oppositionsfraktionen – der Vorwurf geht insbesondere an die CDU – nicht rechtzeitig da, wo es möglich gewesen wäre, über die tatsächliche Bedrohungssituation und die Szenarien informiert?

Wir haben – das will ich noch mal in Ihr Gedächtnis zurückrufen – eine Innenausschusssitzung gehabt, wo Gelegenheit dazu gewesen wäre. Es gab eine öffentliche Sitzung des PKG, wo auf die aktuelle Bedrohungslage hingewiesen worden ist. Des Weiteren haben wir zu jeder Zeit eine Verbindung insbesondere zwischen den zusätzlichen Stellen für den Verfassungsschutz und der aktuellen Bedrohungssituation hergestellt. Wie Sie dann auf das schmale Brett kommen können, dass dieser Nachtragshaushalt nichts mit der aktuellen Terrorabwehr zu tun hat, wird Ihr Geheimnis bleiben. Ich glaube, Ihre Haltung ist eher der Frustration darüber geschuldet, dass nicht Sie, sondern wir es waren, die die notwendigen sicherheitspolitischen Schritte gerade mit dem Nachtragshaushalt gegangen sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Körfges. – Nun haben Sie das Wort, Herr Lohn. Bitte.

Werner Lohn^{*)} (CDU): Vielen Dank, Herr Körfges, für die Nachfrage und vielleicht auch für eine Steil-

vorlage. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ihre öffentlichen Sitzungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind schön und machen sich in den Medien gut. Nur kann man meistens schon am Tag vorher in der Zeitung lesen, was da am nächsten Tag besprochen werden soll. Von daher ist das, was die Wirkung angeht, kein Argument.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Wir können einmal über Ihre Beteiligung an Sitzungen sprechen!)

Ich bin dankbar dafür, dass wir hier über die Personalsituation bei der Polizei sprechen. Die Frau Ministerpräsidentin hat hier am Mittwoch einen relativ unsäglichen Auftritt gehabt. Sie hat versucht, das so darzustellen, als seien CDU und FDP für die Personalmisere bei der Polizei zuständig.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Wer denn sonst?)

Das war ein großer Fehler! Ich sage es Ihnen ehrlich: Frau Kraft versuchte hier als Chronistin, Geschichtsdaten zu verändern. Ich sage Ihnen: Der größte Feind von Chronisten, die Daten verändern wollen, sind Zeitzeugen. Ich kann Ihnen sagen: Ich bin Zeitzeuge.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich war zu der Zeit in der Polizeiausbildung tätig. Und zur Regierungszeit von SPD und Grünen sind in den Jahren um 2003 herum die Einstellungszahlen von 1.300 auf 480 abgesenkt worden.

(Beifall von der CDU)

Die Polizeischulen wurden geschlossen, oder man hat sie verkommen lassen. Erst nach 2008, nachdem wir den Laden wieder einigermaßen aufgeräumt und die Finanzmittel zur Verfügung gestellt haben,

(Lachen von Thomas Stotko [SPD])

hat die CDU die Einstellungszahl von 480 auf 1.100 mehr als verdoppelt.

(Beifall von der CDU)

Dass sich Frau Kraft dann hinstellt und uns erzählt, wir wären die Ursache für die Personalmisere ... Wenn wir so weitergemacht hätten wie Rot-Grün vorher, hätten wir heute 30 % weniger Polizisten. Das sollten Sie sich mal durch den Kopf gehen lassen – und nicht versuchen, Geschichte zu klittern. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Lohn. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Lohn, Sie wissen, dass dieser Plenarsaal in einem ehemaligen Hafenbecken gebaut wurde. Während Ihres Beitrags hatte ich zwischenzeitlich Angst, dass das Niveau so weit heruntergeht, dass wir alle nasse Füße bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Geht nicht, da ist eine Stahlwanne drunter! – Zurufe von der CDU: Oh!)

Ihre Strategie ist, eine Falschbehauptung nach der anderen aufzustellen, damit sich die nachfolgenden Redner daran abarbeiten. Diesen Gefallen werde ich Ihnen nicht tun.

Nur so viel: Wir haben in der ersten Lesung gesagt – das ist für uns Grüne klar –, dass wir starke Sicherheitsbehörden wollen. Wir wollen eine Polizei, die in der Lage ist, die bestehenden rechtlichen Instrumente umzusetzen und den Rechtsstaat durchzusetzen. Deswegen wollen wir keine voreiligen Verschärfungen der Sicherheitsgesetze, wie Sie das vorhaben. Wir wollen keine Einschränkung der Freiheitsrechte für uns alle. Deswegen stehen wir dazu, dass wir eine starke Polizei brauchen. Deswegen stehen wir zu diesem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Frank Herrmann [PIRATEN]: Überwachung durch den Verfassungsschutz!)

Wir hatten während des Champions-League-Spiels – ich wäre böse gewesen, wenn das ein gutes Spiel des BVB gewesen wäre, das uns entgangen wäre –

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

eine gemeinsame Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses, des Innenausschusses und des Unterausschusses „Personal“. Ich frage mich wirklich, warum wir das gemacht haben, wenn Sie hier eine solche Rede halten, wie Sie sie gehalten haben.

Wir haben dezidiert darüber diskutiert, warum wir auf die veränderte Sicherheitslage reagieren müssen und was die veränderte Sicherheitslage ausmacht. Wir haben gesagt – das beantragen wir mit dem Nachtragshaushalt –, dass landesweit 110 zusätzliche Ermittler für den polizeilichen Staatsschutz, weitere 150 Spezialisten für den Ausbau von Fahndung und Observation und zum Schutz besonders gefährdeter Personen und Objekte noch einmal 100 Polizisten zuständig sind.

Wir wollen den Verfassungsschutz um 25 weitere Stellen aufstocken. Mit dem Haushalt 2015 haben wir bereits 29 Stellen geschaffen. Wenn Sie zugehört hätten, wäre Ihnen klar geworden, dass wir diese veränderte Sicherheitslage nicht bei den Haushaltsberatungen im letzten Jahr voraussehen konnten.

Bei Ihrem Beitrag beißt sich die Katze in den Schwanz. Denn Sie sagen, Sie hätten damals schon reagieren müssen, und werfen uns jetzt vor, das sei ein Eilverfahren gewesen. Sie haben diesem Verfahren doch ausdrücklich zugestimmt. Was soll das denn?

Meine Damen und Herren, es ist angemessen und sinnvoll. Dieses Verfahren wurde im Vorfeld mit allen Fraktionen besprochen. Sie fordern wieder mehr, um uns dann in der Haushaltsdebatte nach Ostern wieder vorwerfen zu können, wir würden die Neuverschuldung heben. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

Sie müssen auch anerkennen – so viel zu den vorliegenden Entschließungsanträgen; die FDP ist viel konkreter als Sie –: Sie haben in Ihrem Antrag lediglich einen Feststellungsteil. Es gibt keinen Beschlussteil, es gibt gar keinen konkreten Vorschlag der CDU, der hier auf dem Tisch liegt.

Der FDP kann man nur sagen: Es gibt keinen Arbeitsmarkt für Polizisten. Polizistinnen und Polizisten wachsen nicht an Bäumen. Wir müssen sie ausbilden. Wir haben jetzt schon einen Rekordwert bei den Anwärterinnen und Anwärtern, die wir ausbilden. Wir haben einen Rekordwert, und wir müssen sie gut ausbilden. Unsere Kapazitäten sind damit ausgeschöpft. Das hat der Innenminister, der bei dieser Sitzung war, ausführlich erklärt.

Sie behaupten, durch die Umschichtung würden Löcher gerissen. Sie spielen mit der Angst, durch diese Umschichtung würde es dazu kommen, dass die Polizei in den Kreispolizeibehörden ihrer Aufgabe der Kriminalprävention nicht mehr nachgehen könne. Aber damit das nicht passiert, machen wir diesen Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren.

Es ist wirklich unredlich, so etwas in der Debatte zu behaupten. Schade ist, dass Sie angesichts der Bedrohungslage und angesichts der ersten Lesung, in der Dr. Optendrenk für Sie gesprochen hat, diesen vernünftigen Pfad verlassen haben. Das versteht draußen kein Mensch. Deswegen werden wir Ihre Anträge ablehnen.

Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren, dass Sie unserem Nachtragshaushalt zustimmen. Das ist ein vernünftiger Weg. Wir machen keine leeren Versprechungen. Das ist das, was notwendig ist, was getan werden muss und was man auch schnell umsetzen kann. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alles hängt bekanntlich

mit allem zusammen. Auch durch die Personalveränderungen bei der Polizei, die der Innenminister zu Recht mit dem Kamineffekt beschrieben hat, sind natürlich unterschiedliche Aufgaben von dieser Maßnahme infolge dieser Umsetzung betroffen.

Die bisherige Einstellungspraxis der Landesregierung führt schon bald faktisch zu einem Abbau von Polizeibeamten, da in wenigen Jahren deutlich mehr Personen bzw. Polizeibeamte aus dem Dienst ausscheiden, als umgekehrt neu ausgebildet werden.

Wir sagen sehr klar: Die Wahrnehmung der Aufgabe der Polizei ist klassische Hoheitsaufgabe. Es geht um das Sicherheitsmonopol des Staates. Es gibt wenige Tätigkeiten, die so originär öffentlich wahrzunehmen sind und nicht an private Strukturen abgegeben werden können, wie der Schutz der Menschen vor Kriminalität. In diesem Land kümmert sich der Staat oftmals um vieles, bis hin zu quengel-freien Supermarktkassen. Aber die innere Sicherheit ist sicherlich eine Kernaufgabe.

Deshalb sagen wir: Angesichts der uns in den nächsten Jahren bevorstehenden Entwicklung möchten wir die vorhandenen Ausbildungskapazitäten von 1.800 Plätzen auch genutzt wissen. Da starten wir mit einem Haushalt von 1.500 Anwärterstellen.

Das hat nichts damit zu tun, dass große zusätzliche Personalkontingente bei der Polizei aufgebaut würden oder irgendjemand von den Koalitionsfraktionen sagen muss: Die von der Opposition wollen nur Stellenaufwuchs. – Es geht überhaupt darum – damit wäre verdammt viel erreicht –, die personelle Auszehrung, die in den nächsten Jahren quantitativ bei der Polizei stattfinden wird, im Interesse der allgemeinen Sicherheit für alle Bürger aufzufangen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb ist der Vorschlag der Landesregierung mit Blick auf die Polizeistellen auch nur die Reduzierung eines stattfindenden Abbaus. Das ist für sich genommen natürlich nicht verkehrt, aus unserer Sicht aber für die nächsten Jahren nicht ausreichend.

Deshalb war es bemerkenswert, dass die Redner der Koalitionsfraktionen gesagt haben, die Opposition solle benennen, wo sie bei Stellen kürzen wolle – auch bei den Haushaltsgruppen, die wir heute Vormittag beraten haben. Wir tun das immer.

Wir sagen Ihnen konkret: Wir halten es für die falsche Abwägung, dass Umweltminister Rimmel über 300 Stellen zusätzlich bekommen hat, um mehr Umweltbürokratie aufzubauen, während in den nächsten Jahren de facto bei der Polizei ein Personalstellenabbau stattfindet.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deshalb verstehe ich auch den Kollegen Lohn, dass er die Frage stellt, ob wirklich jeder Grüne ein so positives Verhältnis zur Polizei hat, wie man sich das wünschen kann, wenn man die gestrigen Äußerungen der Ruhrgebiets-Grünen zu diesen schrecklichen Frankfurter Straßenschlachten liest. Das haben nicht Sie als Landtagsfraktion verbreitet, aber das zeigt, wie da an der Basis durchaus gedacht wird. Wenn gesagt wird: „Leute, beruhigt euch, es werden doch nur Autos abgefackelt.“, dann muss man doch schon sagen: So was kommt von so was.

Ich finde das zum Fremdschämen und finde es richtig, dass wir uns als Landtag von solch peinlichen Nachrichten ganz klar und eindeutig und unmissverständlich distanzieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Klocke?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich, immer.

Vizepräsident Oliver Keymis: Dann wird er das tun.

Arndt Klocke (GRÜNE): Danke, Herr Präsident. Danke, Herr Witzel. – Herr Witzel, Sie haben gerade die Grünen im Ruhrgebiet angesprochen und kritisch angemerkt, wie da an der Basis gedacht wird. Sie wissen wahrscheinlich auch, dass es in jeder Partei Leute gibt, bei denen man sich fragt, was bei denen im Kopf vorgeht. Sie haben aber hoffentlich auch zur Kenntnis genommen, dass sich der von Ihnen angesprochene Bochumer Ratsherr gestern für diese Äußerung entschuldigt und die auch zurückgezogen hat. Die Äußerung, an der Basis der Grünen werde so gedacht, ist eine gewisse Verallgemeinerung, die hier nicht zuträglich ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Klocke, ich habe ausdrücklich gesagt – ich bitte, das auch richtig einzuordnen –, dass nicht Sie als Landtagsfraktion das so verbreitet haben. Es gibt aber schon eine breite Medienberichterstattung über Ausführungen von der Basis, die, wie Sie gesagt haben, zwar partiell korrigiert worden sind, aber nach der Berichterstattungslage, die es dazu gibt, nicht generell zurückgenommen worden sind. Sie sollten sich einmal das Vokabular dieser Äußerung ansehen:

„Deswegen wundert es mich immer wieder, wie die Deutschen ausrasten, wenn hier PKW angezündet werden. ... Noch verstärkend kommt dazu, dass sogar friedliche Proteste häufig mit har-

ter staatlicher Gewalt niedergedrückt werden. Bei Wasserwerfern, Tränengas und Knüppelorgien durch die Polizei wächst die Verzweiflung noch mehr.“

Ich finde schon, dass hat eine bestimmte Dimension. Wir täten alle gut daran, uns von solchen Äußerungen und Gedanken zu distanzieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Was sagt nun konkret die Vorlage der Landesregierung zur aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklung? – 25 Planstellen zusätzlich für den Verfassungsschutz, 120 zusätzliche Einstellungsermächtigungen für Polizeianwärter. – Der Bedarf besteht heute. Wir haben eine dreijährige Ausbildungszeit, die im Herbst beginnt. Das heißt, wir müssen mit anderen Maßnahmen, zum Beispiel Abordnungen, dreieinhalb Jahre überbrücken.

Der Innenminister sagt, dies solle durch Überstunden und Mehrarbeit gelöst werden. Wahrscheinlich kann man das in der jetzigen Situation in der Tat nicht anders machen. Wir fordern aber für die Zukunft ausdrücklich eine bessere Ausfinanzierung und Personalplanung, um den erforderlichen Bedürfnissen der Personalausstattung für die nordrhein-westfälische Polizei gerecht zu werden.

Weil wir über einen Nachtragshaushalt reden, sprechen wir natürlich auch die Frage der Finanzierung an. Für uns ist nach den Unterlagen, die heute zur Abstimmung vorliegen, keine auskömmliche Ausfinanzierung erkennbar. Es ist für uns nicht richtig, dass man sagt, es seien höhere Bußgeldeinnahmen zu erwarten als bisher angenommen. Das macht man dann durch mehr Blitzmarathons. Für diese Showaktionen werden dann viele Tausende, Zehntausende wertvolle Polizeiarbeitsstunden verbrannt. Auch das halten wir für kritisch.

(Zurufe von der SPD: Redezeit!)

Deshalb geht meine letzte Bemerkung in Richtung der Redner der Koalitionsfraktionen, die die Opposition zur konstruktiven Mitwirkung aufgefordert haben. Ich finde, das dürfen Sie uns ohne Weiteres unterstellen. Wir haben einem zeitlich ganz stark verkürzten Verfahren zugestimmt. Sonst hätten Sie gar nicht die Möglichkeit, das heute zu beschließen.

Wir enthalten uns. Wir sind nicht gegen die Maßnahme, weil sie in der Sache ja richtig ist; sie ist für uns aber nicht ausreichend. Und das darf auch eine Opposition mit eigenen Entschließungen dokumentieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Witzel. – Nun spricht für die Fraktion der Piraten Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Herr Kollege Abel, ich bin schon recht erstaunt, mit welchem Pfund Bündnis 90/Die Grünen aufwarten – in einer Linie mit Innenministern wie Zimmermann, Schily, Schäuble für Antiterrorgesetze, die die Freiheit beschränken und für mehr Überwachung sind. Ich bin auch erstaunt darüber, Herr Kollege Abel, dass die Grünen sich hier an dieses Pult stellen und diesen Nachtragshaushalt in einem verkürzten Verfahren durchpeitschen wollen, wo doch wirklich namhafte Politiker, Gründungsmütter und Gründungsväter Ihrer Partei wie Claudia Roth, Cem Özdemir, Trittin, um nur einige zu nennen

(Marc Olejak [PIRATEN]: Ströbele!)

– Ströbele! –, sagen: „Verfassungsschutz ist ein blinder Fleck der Demokratie“, und Forderungen aufstellen wie: „Verfassungsschutz gehört in Bund und Ländern abgeschafft“.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Hört, hört!)

Die Grünen in Niedersachsen haben das sogar in ihrem Grundsatzprogramm stehen. Ich bin einigermaßen erstaunt, wie zerrissen die Grünen dort zu sein scheinen, wo sie mit in der Regierungsverantwortung stehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Es ist nicht unbekannt, dass die Piraten bundesweit wie aber auch im Lande Nordrhein-Westfalen die Aufstellung und Arbeit der Verfassungsschutzbehörden kritisieren.

Wir haben hier bei Einbringung des Nachtragshaushalts durch den Herrn Finanzminister in zwei aufeinander folgenden Sätzen Folgendes gehört: Im ersten Satz sprach er sinngemäß – es gibt noch kein Protokoll – von einer Sicherheitslage, die sich seit Dezember verändert habe; diese mache den Nachtragshaushalt notwendig. Das nächste Satz lautete: Na ja, so sehr hat sich das nicht seit Dezember verändert, sondern die Erkenntnislage hat sich im Hinblick auf die Möglichkeiten und die Bereitschaft bestimmter terroristisch organisierter und terroristischen Zielen folgender Gruppierungen und Einzelpersonen ab Dezember verändert.

Man muss sich das einmal vorstellen. Es ist also keine Bedrohungslage erst seitdem entstanden, sondern eine Bedrohungslage entsteht jedes Mal, wenn irgendwo auf der Welt ein terroristischer Anschlag stattfindet. Das müssen wir uns einfach einmal vor Augen halten.

Der Nachtragshaushalt ist in gewisser Weise – ich habe das in meiner Rede anlässlich der Einbringung durchaus gesagt; dazu stehe ich auch – eine Stärkungs- und Imagekampagne für den, wie man hören durfte, angeschlagenen Innenminister des Landes.

(Zuruf von Minister Ralf Jäger)

– Dass Sie das anders sehen, glaube ich gerne, Herr Minister. – Gleichzeitig wird hier eine Bedrohungslage als Popanz aufgebaut, um strukturelle Defizite zum Beispiel im Bereich der Polizei – darum geht es in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen – zu beheben.

Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. So ist der Entschließungsantrag der FDP auch übertitelt – bei dem wir uns im Übrigen enthalten werden. Das hat aber eher haushälterische Gründe und betrifft weniger die inhaltliche Frage der Aufstockung der Polizei; denn das ist auch eine wesentliche Forderung der Piratenfraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Piratenpartei.

Die Stärkung des Verfassungsschutzes als Reaktion auf die Anschläge in Kopenhagen und Paris lehnen wir ab. Die Polizei leistet wichtige Arbeit bei der Beobachtung und Verfolgung von verdächtigen Gefährdern. Die Arbeit des Verfassungsschutzes jedoch geriet, wie wir wissen – das ist auch Grund und Anlass zum Beispiel für den Untersuchungsausschuss im Landtag Nordrhein-Westfalen –, wiederholt in die Kritik.

Vor dem Hintergrund dessen, was der Finanzminister hier am Pult gesagt hat, muss man feststellen: Die Erkenntnislage hat sich verändert. Die Sicherheitslage wird sich aber ganz sicher nicht durch 25 Leute mehr verbessern. Die Erkenntnislage hat nämlich schon vorher bestanden. Der Verfassungsschutz ist aber mit dem Personal, das er im Dezember und auch in der Zeit davor hatte, offensichtlich nicht dazu in der Lage, die Bürgerinnen und Bürger des Landes in ausreichendem Maße präventiv zu schützen. Das kriegen Sie auch nicht durch 25 Stellen mehr hin. Deswegen lehnen wir das ab.

Der Nachtrag ist überflüssig. Herr Lohn hat es schon gesagt. Er wäre nicht notwendig gewesen. Die Verschiebungen innerhalb der Polizeidienststellen sind ohnehin schon erfolgt. Es geht hier um Nachbesetzungsszenarien. Diese halten wir für nicht ausreichend. Die Sicherheitslage hat sich also nicht verändert.

Weitere Punkte sind die Prävention und die resozialisierenden Eingriffe im Rahmen der Deradikalisierung. Dazu haben die regierungstragenden Fraktionen einen Antrag gestellt, über den wir gestern hier beraten haben. Da ist aber nichts unterlegt. Sie hätten doch die Chance gehabt, in diesem Nachtragshaushalt die von Ihnen angekündigten Möglichkeiten, die Sie im Rahmen der Deradikalisierung vielleicht einmal in Betracht ziehen wollen, schon einmal mit einem Haushaltstitel zu unterlegen. Dann würden Sie hier wirklich einmal nicht nur Worte platzieren, sondern auch gleich die Taten folgen lassen; denn beides gehört zusammen.

Stattdessen lesen wir in der Begründung zum Nachtragshaushalt, dass der Verfassungsschutz die Deradikalisierung in die Hand nehmen soll. Es tut mir furchtbar leid; das passt aber nicht.

Wenn Sie sagen, das sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, halten wir das für sehr fragwürdig. Dazu wurde hier schon etwas gesagt. Wir halten es aber zumindest für notwendig, es als zivilgesellschaftliche Aufgabe zu bezeichnen. Dazu dient zum Beispiel unser Änderungsantrag bezüglich des Haushalts.

(Beifall von den PIRATEN)

Wie gesagt, werden wir den Nachtragshaushalt ablehnen. Beim Antrag der FDP werden wir uns enthalten. Da die CDU hinsichtlich ihres Antrags um eine Einzelabstimmung über die drei Punkte gebeten hat, werden wir uns dazu teilweise ablehnend, teilweise bejahend verhalten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Als Nächster spricht für die Landesregierung in Vertretung des nicht anwesenden Finanzministers Herr Minister Jäger. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass ich den Finanzminister heute vertreten muss, hat einen traurigen Hintergrund. Er möchte der Beisetzung seines guten Freundes Klaus Ulonska beiwohnen. Köln hat mit Klaus Ulonska eine große Persönlichkeit verloren. Ich denke, dass man einem Finanzminister auch die Möglichkeit einräumen sollte, seinem Freund eine solche letzte Geste erweisen zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was seine Abwesenheit bei der gemeinsamen Sitzung von Haushalts- und Finanzausschuss, Innenausschuss und Unterausschuss „Personal“ am Mittwoch dieser Woche angeht, war zwischen uns beiden abgesprochen, dass auf der einen Seite der Finanzstaatssekretär und auf der anderen Seite ich an dieser Sitzung teilnehmen,

(Christof Rasche [FDP]: Das war aber nicht mit dem Parlament abgesprochen!)

weil es finanzpolitisch nur um eine formale Sitzung ging, aber die Kolleginnen und Kollegen, die nicht Mitglied des Fachausschusses sind, insbesondere den innenpolitischen Hintergrund der Notwendigkeit dieses Nachtragshaushalts erläutert bekommen sollten. Der Schwerpunkt lag also auf den innenpolitischen Themen, Herr Lohn, und nicht auf den finanzpolitischen Themen. Die wenigen Fragen, die dazu gestellt worden sind, hat Staatssekretär Rüdiger Messal auch ausreichend beantwortet.

Herr Lohn, dass die Schwerpunktsetzung so war, mögen Sie auch daran erkennen, dass Ihr eigener finanzpolitischer Sprecher, Herr Optendrenk, ebenfalls nicht an der Sitzung teilgenommen hat. Insofern ist das ein bisschen Popanz gewesen, den Sie hier aufgeblasen haben.

Meine Damen und Herren, ich bin aber froh – das will ich auch noch einmal deutlich sagen; damit wiederhole ich die Worte unseres Finanzministers Norbert Walter-Borjans – und den Fraktionen dankbar, dass wir diesen Nachtragshaushalt hier in einem beschleunigten Verfahren beschließen können.

Hätten wir ihn gemeinsam beschließen können, wäre dies ein gutes Zeichen an die Sicherheitsbehörden in Nordrhein-Westfalen gewesen, dass ein solcher Nachtragshaushalt vor diesem sicherheitspolitischen Hintergrund eben nicht den politischen Grabenkämpfen dient. Diese Chance ist nach den Beratungen, wie ich sie jetzt gehört habe, leider vonseiten der Opposition vertan worden. So ist es aber nun einmal, meine Damen und Herren. Die Ablehnung dieses Nachtragshaushalts oder Nichtzustimmung zu diesem Nachtragshaushalt ist für mich nicht zwingend nachvollziehbar.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben es ausführlich rauf und runter diskutiert. Die Anschläge von Kopenhagen und Paris haben das Sicherheitsrisiko nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in allen Bundesländern, in ganz Deutschland, in ganz Europa erhöht. Dieser Anschlagstyp und der Anschlagablauf machen deutlich, dass wir von einer anderen Gefährdungssituation ausgehen müssen und mit anderen Maßnahmen, mit intensiveren Maßnahmen, insbesondere was Auswertung und Observation angeht, einem Anschlagrisiko in diesem Land begegnen müssen.

Lieber Herr Lohn, Sie haben gerade wieder versucht, eine Legende aufzubauen, nämlich die Legende, dass zwischen 2005 und 2010 die damalige Landesregierung alles für die Polizei getan habe und wir heute zu wenig taten, um einer demografischen Lücke entgegenzutreten. Herr Lohn, Sie werden es nicht schaffen. Ich werde Ihnen das immer wieder neu erklären – in der Hoffnung, dass Sie es irgendwann verstehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die sehr qualifizierte Polizeiausbildung in Nordrhein-Westfalen in den drei Modulen – Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Trainingsmaßnahmen in Selm-Bork und Praktika in den Polizeibehörden – bedingt es, dass man nicht beliebig viele ausbilden kann, Herr Lohn. Sie als ehemaliger Polizeibeamter müssten das wissen. Eine solche Organisation hat eine absolute Ausbildungskapazität, eine absolute Obergrenze.

Wir werden dieses Jahr 1.644 Kommissaranwärterinnen und -anwärter einstellen. Das wird richtig kuschelig an der Fachhochschule. Da müssen die Studentinnen und Studenten richtig zusammenrücken. Man kann eine solche Ausbildungsgrenze nicht beliebig nach oben fahren, wenn man die Qualität der Ausbildung beibehalten will.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP] – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ist doch gut für Zuwachs!)

Jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Problem, das zwischen 2005 und 2010 entstanden ist. Der ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Fritz Behrens, hatte eine Kommission eingesetzt, die die Altersstruktur und die demografische Entwicklung bei der Polizei in NRW analysieren sollte. Die Ergebnisse dieser Kommission waren klar und eindeutig, nämlich dass ab 2020, wenn man nicht gegensteuert, eine größere Lücke entsteht. Dieser Bericht ist dem Innenministerium im Mai 2006 zugeleitet worden. Gefunden habe ich ihn, Herr Lohn, im Juli 2010. Bis dahin war er nicht veröffentlicht.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Hätte die damalige Landesregierung die gleichen Anstrengungen unternommen, die wir heute vonseiten der regierungstragenden Fraktionen unternehmen, hätten wir heute auf den Tag 2.700 Polizeibeamtinnen und -beamte mehr auf der Straße – 2.700!

(Beifall von der SPD – Christian Möbius [CDU]: Das ist falsch!)

Um es ganz deutlich zu sagen – in der Hoffnung, dass Sie es irgendwann verstehen –: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen hat keine und wird keine demografische Lücke haben. Sie wird eine schwarzgelbe Lücke haben, Herr Lohn. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von Marc Lürbke [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Lohn?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir gedacht. – Bitte schön, Herr Lohn.

Werner Lohn (CDU): Herr Minister, ich lausche Ihren Ausführungen ja meistens mit Interesse, aber jetzt mehr mit Erstaunen. Dass Sie mir erklären wollen, wie Polizeiausbildung funktioniert, finde ich erstaunlich. Ich war zehn Jahre in der Polizeiausbildung tätig, war Leiter einer Ausbildungseinheit. Ich musste darunter leiden, dass Ihre Regierung Schulen geschlossen hat, die Einstellungszahlen redu-

ziert hat. Wie kommen Sie auf den Trip, mir erklären zu wollen, was Sie alles richtig gemacht haben? Das war falsch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich maße mir nicht an, Ihnen etwas erklären zu wollen. – Doch, eigentlich schon.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Aber ich maße mir nicht an, die Größe Ihrer Wissenslücken und Erkenntnislücken beurteilen zu können.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sind Sie arrogant!)

Wenn ich Ihre Vita richtig im Kopf habe, Herr Lohn, haben Sie in Ihrer Ausbildung nicht die zweigeteilte Beamtenlaufbahn kennengelernt, sondern die dreigeteilte. Dann können Sie natürlich auch nicht wissen,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

dass die Einführung der zweigeteilten Laufbahn dazu geführt hat, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen auf die Fachhochschulen, auf die Ausbildung im Bachelorstudiengang konzentriert haben und dass wir inzwischen eine andere Art von Ausbildung installiert haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie schnöseln hier rum, Herr Minister!)

Herr Lohn, wenn Sie damals so nach mehr Stellen gepfiffen hätten, wie Sie heute die Backen aufblasen, dann wäre die Situation bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen eine andere.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Da war er wieder, der Oberlehrer! Arrogant!)

Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der FDP-Fraktion in Person von Herrn Witzel.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Witzel, Sie haben das Wort für Ihre Kurzintervention. Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Innenminister Jäger, zu Ihren letzten Ausführungen habe ich mir noch mal die Zahlen aus der rot-grünen Beschlussfassung in der 13. Legislaturperiode herausgesucht, damit wir hier keine Verlogenheitsfälschung betreiben. Im Jahr 2003 ist mit rot-grüner Mehrheit ein Doppelhaushalt für die

Jahre 2004 und 2005 verabschiedet worden. Dieser hat erstens vorgesehen, 1.429 kw-Vermerke für Polizeistellen auszubringen, und zweitens, für die nächsten Jahre die Anwärterzahlen von 1.090 auf 500 abzusenken.

(Marc Olejak [PIRATEN]: Oh!)

Wollen Sie diese Beschlussfassung von SPD und Grünen in der 13. Legislaturperiode bestreiten, Herr Innenminister Jäger? Wenn ja, wie?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wo ist denn der zweigeteilte Jäger?)

Zum Zweiten: Sie haben die Ausbildungskapazitäten angesprochen. Sie haben mir vorhin sicherlich aufmerksam zugehört. Ich habe gesagt: Auch wir wollen keine neuen Strukturen schaffen, sondern vorhandene Kapazitäten nutzen. – Die können aus Sicht der Polizeipraktiker und auch aus Sicht der GdP problemlos für bis zu 1.800 Polizeikommissar-anwärter genutzt werden. Bei dem, was Sie gerade dargestellt haben, gibt es im kleinen dreistelligen Bereich noch eine Lücke. Warum wird die nicht genutzt? Bestreiten Sie, dass die Kapazitäten, wenn man im Sechstagebetrieb voll belegt, tatsächlich für bis zu 1.800 Leute ausreichen?

(Beifall von der FDP und der CDU – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Jetzt bin ich aber mal gespannt!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Witzel, auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole: Der Altersbericht ist im Mai 2006 vorgelegt worden. Er ist vonseiten der Landesregierung nicht veröffentlicht worden. Er ist vier Jahre unter Verschluss gehalten worden – vier Jahre, in denen dem Parlament nicht dargelegt worden ist,

(Zurufe von Ralf Witzel [FDP] und Marc Lübke [FDP])

welche großen Lücken in der Zukunft bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen entstehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Die größte Lücke, die Sie haben, ist die Erinnerungslücke!)

Hätte das Parlament – übrigens Sie in Person, Sie waren damals schon, glaube ich, Abgeordneter – Kenntnis von dem Bericht gehabt, dann hätten Sie gewusst, Herr Witzel, dass die kleinen Erhöhungen, die zwischen 2005 und 2010 stattgefunden haben, was Einstellungsermächtigungen im Haushalt angeht, nicht ausreichend sind, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Um es deutlich zu sagen: Die Probleme, die wir in der Zukunft haben, gehen zurück auf Fehler in der Vergangenheit.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Witzel, Sie können sich jetzt um die eigene Achse drehen, wie Sie wollen: Das Problem mit der demografischen Lücke ist, dass es sich hier um eine schwarz-gelbe Lücke handelt. – Das ist das Erste.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Was ist denn mit 2003 und 2004? – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das Zweite, Herr Witzel: Ich glaube, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen unglaubliche Anstrengungen unternimmt, nicht nur die Qualität in der Ausbildung zu halten, sondern die Quantität, die wir ihr jetzt abverlangen, sicherzustellen.

Ich sehe jeden Tag, dass die Polizeibehörden, dass Selm-Bork und dass vor allem die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung, in denen nicht nur die Polizeibeamten ihr Studium ablegen, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Rentenversicherung und die Kommunalbeamten, aus allen Nähten platzen. Wie Sie da 1.800 darstellen wollen, das interessiert mich.

(Zuruf von Marc Lübke [FDP] – Christof Rasche [FDP]: 2003/2004!)

Aber das tun Sie ja nur, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, die 1:30 sind rum.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: ... um eine Zahl zu setzen, um von Ihren Versäumnissen in der Vergangenheit abzulenken.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: 2003/2004! Nehmen Sie doch mal Stellung! Kann er nicht!)

Um es deutlich zu sagen: Das, was da auf uns zukommt, haben Sie zu verantworten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Ich will nur noch klarstellen, Herr Lohn: Im Rahmen der Kurzintervention gibt es keine Zwischenfrage mehr. Deswegen konnte ich die nicht zulassen.

Wir sind am Ende der Debatte. Ich habe auch keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und zwar in einem etwas komplizierteren Verfahren, auf das wir uns alle noch einmal gut konzentrieren.

Erstens. Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/8231**. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Die Fraktion der Piraten. Wer stimmt gegen diesen Änderungsantrag? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist

der Änderungsantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Zweitens. Wir stimmen nun ab über den Gesetzentwurf in der zweiten von drei Lesungen. Das Parlamentarische Kontrollgremium nach § 23 Verfassungsschutzgesetz NRW hat nach Drucksache 16/8176 in den veränderten Wirtschaftsplan 2015 des Verfassungsschutzes eingewilligt.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/8153, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 unverändert anzunehmen.

Wir kommen somit nicht über die Beschlussfassung, sondern über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – SPD und Grüne. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 in zweiter Lesung** mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Die Abstimmungen über den vorliegenden Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/8233 und der Fraktion der FDP Drucksache 16/8238 finden nach der dritten Lesung statt.

Wir kommen, wie zwischen den Fraktionen im Ältestenrat vereinbart, unmittelbar anschließend zur dritten Lösung.

(Heiterkeit – Zuruf: Lösung? – Dietmar Schulz [PIRATEN]: Neue Einbringung! Anhörung!)

– Das war eine rheinische Lösung. Also wir lesen.

Wir kommen zur dritten Lesung. Dies ist, wie alle wissen, nach § 78 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zulässig, wenn niemand widerspricht. Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe dann auf zur dritten Lesung: Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015, Nachtragshaushaltsgesetz 2015.

Eine Rücküberweisung hat nicht stattgefunden. Grundlage für unsere dritte Lesung ist der Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 in der unveränderten Fassung nach der zweiten Lesung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/8153, den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 auch in dritter Lesung unverändert anzunehmen.

Erstens. Wir stimmen ab über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7990. Das Beratungsverfahren der dritten Lesung ist hiermit abgeschlossen. Es handelt sich um eine Schlussabstimmung nach § 76 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung.

Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dage-

gen? – Die Fraktion der Piraten. Wer enthält sich? – Es enthalten sich CDU und FDP. Damit ist so entschieden und der **Gesetzentwurf Drucksache 16/7990 ist in dritter Lesung** mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung von CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten angenommen und **verabschiedet**.

Zweitens. Wir stimmen ab über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 16/8233**. Die antragstellende Fraktion der CDU hat Einzelabstimmung zu dem Feststellungskatalog unter Abschnitt II beantragt.

Wir stimmen ab zunächst über Ziffer 1 unter II ab. Wer stimmt dieser Ziffer zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD.

(Unruhe)

Soll ich das noch einmal vorlesen? Ich will gerne zur Klarheit beitragen. Es handelt sich bei Abschnitt II um das, was unter der Rubrik steht: „Der Landtag stellt fest:“. Darunter sind drei Ziffern angegeben. Die erste Ziffer hat den Wortlaut:

„Dass die Landesregierung angekündigt hat, Polizei und Verfassungsschutz zum Zwecke der Terrorismusabwehr zu verstärken, ist grundsätzlich zu begrüßen.“

Ich frage das Hohe Haus, wer dieser Ziffer zustimmt? SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der Piraten. Damit ist die **Ziffer 1 unter II** mit breiter Mehrheit **angenommen**.

Wir stimmen ab über Ziffer 2 unter II. Sie lautet:

„Die vom Innenminister angekündigten Personalverschiebungen innerhalb der Polizei führen ohne kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen gleichwohl zu einer Schwächung der Kriminalitätsbekämpfung in den Kreispolizeibehörden.“

Wer stimmt dieser **Ziffer 2 unter II** zu? – CDU, FDP und Piraten. – Wer stimmt gegen die Ziffer 2? – SPD und Grüne. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Ziffer 2 mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen nun ab über die Ziffer 3 unter II, die lautet:

„Die Landesregierung muss endlich die in ihrer Gesetzgebungskompetenz liegenden strukturellen Reformmöglichkeiten ergreifen und die ausstehende ‚Große Dienstrechtsreform‘ dem Landtag zur weiteren Beratung vorlegen.“

Wer möchte dieser **Ziffer 3 unter II** zustimmen? – CDU, FDP und die Fraktion der Piraten. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen gegen diese Ziffer. Wer enthält sich? – Niemand enthält sich. Damit ist Ziffer 3 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur **Gesamtabstimmung** über den **Entschließungsantrag Drucksache 16/8233**.

Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – CDU. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne stimmen gegen diesen Entschließungsantrag. Wer enthält sich? – Es enthalten sich Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 16/8233 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Drittens. Wir kommen zur letzten Entscheidung zu diesem Tagesordnungspunkt, nämlich zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/8238. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Fraktion der FDP. Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? – SPD, Grüne sowie die Fraktion der Piraten.

(Widerspruch)

Das machen wir noch einmal ganz in Ruhe. Ich genieße das immer.

(Heiterkeit und Beifall)

Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Die FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD und Grüne sowie zwei Mitglieder der Piratenfraktion. Wer enthält sich? – Es enthalten sich neun Mitglieder der Fraktion der Piraten sowie die CDU in ihrer Gesamtheit. Das ändert aber alles nichts an der Entscheidung

(Heiterkeit)

– aber es ist schön, dass wir einmal durchgezählt haben. Der **Entschließungsantrag** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/8238** ist mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Das war ein wunderbarer Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

6 Erträge aus der digitalen Dividende II effizient für Ausbau des schnellen Internet nutzen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8116

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8232

Ich eröffne die Aussprache für Herrn Kollegen Stein.

(Robert Stein [CDU] steht schon am Redepult.)

Sie werden es nicht leicht haben, bis alle ein bisschen ruhiger geworden sind, Herr Stein. Wir unterhalten uns vielleicht noch ein bisschen. Wie ist es denn jetzt so in der CDU-Fraktion?

(Robert Stein [CDU]: Alles prima!)

– Ja, alles in Ordnung.

(Robert Stein [CDU]: Das kann ich Ihnen auch empfehlen!)

– Man muss nicht alles nachmachen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Unruhe – Glocke)

wir fahren in der Tagesordnung fort. Aufgerufen ist Tagesordnungspunkt 6. Für die Fraktion der CDU hat Herr Stein das Wort. Bitte schön.

Robert Stein (CDU): Danke sehr. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer, auch die Menschen am Stream! Seien Sie herzlich begrüßt! Wir haben gestern sowohl in der LEP-Debatte als auch in der Debatte über unseren Antrag „Industrie 4.0“ über das unterdurchschnittliche Wachstum der Wirtschaft in NRW gesprochen. Hätten wir in den letzten 25 Jahren hier nur ein durchschnittliches Wachstum gehabt, könnten wir heute jährlich gut 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen haben. Statt ständig neue Schulden zu machen, könnten wir mittlerweile Schulden zurückzahlen.

(Zuruf von Norwich Rübe [GRÜNE])

Wer gut regieren will, muss die Probleme des Landes erkennen, benennen und dann abstellen. Nicht wir reden NRW schlecht, sondern Sie regieren es schlecht.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht daher eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum. Die Debatten gestern haben gezeigt, die Botschaft ist bei Rot-Grün immer noch nicht angekommen. Deshalb werden wir auch zukünftig die Probleme des Landes in unseren Anträgen immer wieder klar und gerne wiederholt genauso benennen.

(Beifall von der CDU – Matthi Bolte [GRÜNE]: Vor allem wiederholt! – Lachen von den GRÜNEN)

– Ja. Nun, Herr Bolte, es ist doch so, wenn Sie nicht jagen wollen, tragen wir die Jäger zum Jagen. Mit dem Thema „Jagd“ kennen Sie sich doch sowieso gut aus. Deswegen ist es auch notwendig, dass wir immer wieder – wiederholt – darauf aufmerksam machen.

NRW braucht eine Politik, die Wachstumskiller wie den LEP verhindert und Wachstumstreiber wie die Digitalisierung fördert. Es drängt sich doch der Eindruck auf, dass diese Landesregierung nicht für, sondern gegen die Interessen des Landes arbeitet.

(Beifall von der CDU)

Alein eine erfolgreiche Umsetzung von Industrie 4.0 in Nordrhein-Westfalen kann das jährliche Wirtschaftswachstum nach Berechnung des Branchenverbandes BITKOM und des Fraunhofer-Instituts um 1,7 Prozentpunkte steigern. Industrie 4.0 braucht allerdings eine digitale Infrastruktur, und